

ZH_OBERGERICHT RT130121 vom 29. Juli 2013

ZH Obergericht, 2013-07-29, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_RT130121

FR: ZH_OBERGERICHT RT130121 du 29 juillet 2013

IT: ZH_OBERGERICHT RT130121 del 29 luglio 2013

Erwägungen

E. 2

Es sei aufschiebende Wirkung zu gewähren.

E. 2.2

Für die Beschwerden gegen Entscheide aus dem vorinstanzlichen Verfahren EB130473 wurde bei der Beschwerdeinstanz ein separates Verfahren angelegt, weshalb vorliegend nur diejenigen gegen die Entscheide aus dem vorinstanzlichen Verfahren EB130474 zu behandeln sind.

E. 2.3

Da auf die vorliegend zu beurteilenden Beschwerden nicht einzutreten ist, erübrigt sich das Einholen einer Beschwerdeantwort.

- 5 -

E. 2.4

Mit dem heutigen Entscheid wird das Gesuch des Klägers um Erteilung der aufschiebenden Wirkung gegenstandslos und ist demzufolge abzuschreiben.

E. 3

Es sei UP & URB zu gewähren;

E. 3.1

Gegen das vorliegend angefochtene Urteil vom 2. Mai 2013 (Urk. 15) betreffend Rechtsvorschlag wegen fehlendem neuem Vermögen steht kein Rechtsmittel zur Verfügung (Art. 265a Abs. 1 letzter Halbsatz SchKG). Eine Beschwerde nach ZPO ist damit ausgeschlossen (BGE 138 III 44; BSK SchKG II-Huber, Art. 265a N31 mit Hinweisen). Vielmehr muss der Schuldner Klage auf Bestreitung neuen Vermögens einreichen (Art. 265a Abs. 4 SchKG). Eine entsprechende Belehrung ist dem angefochtenen Urteil zu entnehmen (Urk. 15 S. 4). Demnach ist auf die Beschwerde gegen das Urteil vom 2. Mai 2013 (Urk. 15) nicht einzutreten. 3.2.1. Die Frist zur Erhebung der Beschwerde gegen das Schreiben (Verfügung) vom 4. April 2013 (Urk. 5) hat der Kläger verpasst: Wie die Vorinstanz bereits ausgeführt hat, traf ihr Schreiben bzw. ihre Verfügung vom 4. April 2013 (Urk. 5) am 6. April 2013 bei der Abholpoststelle ein und gilt gemäss Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO als am siebten Tag nach dem Eintreffen bei der Empfangspoststelle somit – am 13. April 2013 – zugestellt. Zur Begründung kann zur Vermeidung von Wiederholungen auf die korrekten Ausführungen der Vorinstanz (Urk. 15 S. 2 f.) verwiesen werden. Mit seiner Eingabe vom 5. Juli 2013 hat der Kläger die 10-tägige Beschwerdefrist somit klar nicht gewahrt. 3.2.2. Der wirren und schwer verständlichen Rechtsmitteleingabe des Klägers lässt sich entnehmen, dass er moniert, dass es der angefochtenen Verfügung vom 4.

April 2013 an einer Rechtsmittelbelehrung fehle (Urk. 13 S. 5 Ziff. 3 und 4). Die Frage, ob die angefochtene Verfügung mit einer Rechtsmittelbelehrung hätte versehen sein müssen, kann vorliegend indes offen bleiben, da der Kläger in seinem Vertrauen ohnehin nicht zu schützen gewesen wäre: Eine korrekte Rechtsmittelbelehrung ist kein Gültigkeitserfordernis für die Eröffnung eines Entscheids. Das bedeutet, dass die Rechtsmittelfristen trotz fehlender Belehrung zu laufen beginnen. Eine neue Zustellung des Entscheids mit ordnungsgemässer Rechtsmittelbelehrung ist nicht erforderlich. Der beschwerten Partei darf jedoch aus einer fehlenden Rechtsmittelbelehrung grundsätzlich kein Rechtsnachteil erwachsen. Ihr Vertrauen wird jedoch unter anderem dann nicht geschützt, wenn

- 6 - die Partei die Unrichtigkeit bzw. das Fehlen der Belehrung kannte oder bei pflichtgemässer Aufmerksamkeit hätte erkennen können. In diesem Fall würde die Berufung auf die Unrichtigkeit bzw. das Fehlen der Belehrung gegen Treu und Glauben verstossen. Wann einer Prozesspartei, die sich auf eine unrichtige Rechtsmittelbelehrung verlassen hat, eine als grob zu wertende Unsorgfalt vorzuwerfen ist, beurteilt sich nach den konkreten Umständen und nach ihren Rechtskenntnissen (BK-ZPO, Laurent Killias, N 28 ff. zu Art. 238 ZPO). Da es sich beim Kläger um eine äusserst prozesseriene Person handelt, ist davon auszugehen, dass diesem bestens bekannt ist, welches Rechtsmittel in welcher Frist einzureichen gewesen wäre. Die Verspätung seines Rechtsmittels ist nicht auf allfällige Unkenntnis oder Unerfahrenheit, sondern vielmehr auf sein bereits mehrfach angewandtes Vorgehen betreffend Postlagerung von Sendungen zurückzuführen. Allein schon die Tatsache, dass er schlussendlich das richtige Rechtsmittel - eine Beschwerde - eingereicht hat, zeigt, dass er nicht als unerfahren zu gelten hat und damit auch keinen Vertrauensschutz geniesst. Er hat die ihm von der Vorinstanz angesetzte Frist unbenutzt verstreichen lassen, weshalb diese nach Ablauf der Frist korrekterweise androhungsgemäss vorging. 3.2.3. Somit ist auch auf die Beschwerde gegen das Schreiben (Verfügung) vom 4. April 2013 (Urk. 5) zufolge Verspätung nicht einzutreten.

E. 3.3

Im Übrigen hilft dem Kläger nicht weiter, dass er seine Beschwerde mit dem Untertitel "Rechtsverzögerungs-/Rechtsverweigerungsbeschwerde" versehen hat. Zwar könnte wegen Rechtsverzögerung oder -verweigerung jederzeit Beschwerde geführt werden, da ein Anfechtungsobjekt regelmässig fehlt (Art. 321 Abs. 4 ZPO). Die vorliegende Beschwerde des Klägers stellt aber inhaltlich weder das eine noch das andere dar. Sie richtet sich vielmehr gegen die vorinstanzlichen Entscheide vom 4. April und 2. Mai 2013 (der Kläger beantragt deren Aufhebung, vgl. oben), weshalb sie im ersten Fall innert 10 Tagen zu erheben gewesen wäre und im zweiten Fall gar nicht zur Verfügung steht.

E. 4

Es sei kostendeckende Entschädigung und angemessene Genugtuung zu gewähren.

E. 4.1

Der Kläger ersucht um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege für das Beschwerdeverfahren. Gemäss Art. 117 ZPO hat eine Person Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn sie nicht über die erforderlichen Mittel verfügt und

- 7 - ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos erscheint. Die Beschwerden waren wie aufgezeigt von vorneherein aussichtslos, weshalb dem Kläger für das zweitinstanzliche Verfahren die unentgeltliche Rechtspflege nicht gewährt werden kann.

E. 4.2

Ausgangsgemäss sind die Verfahrenskosten in Anwendung von Art. 48 und Art. 61 GebV SchKG auf Fr. 300.– festzusetzen und gestützt auf Art. 106 Abs. 1 ZPO dem Kläger aufzuerlegen. Der Beklagten ist mangels wesentlicher Umtriebe für das Beschwerdeverfahren keine Entschädigung zuzusprechen. Es wird beschlossen:

E. 5

Falls Fragen unklar sind, sind diese zur allfälligen Beantwortung schriftlich auf- gelistet dem IBf zukommen zu lassen.

E. 6

Es sei ein Verfahren gem. Art. 1, 6/1/2/3 iVm Art. 13 EMRK dem gesetzlich zu- ständigen Richter gem. Art. 265a SchKG zur öffentlicher Hauptverhandlung un- verzüglich zuzuweisen, anlässlich welcher das Opfer, Verletzter, Geschädigter & IBf seine Rechtssache wenigstens einmal öffentlich untersucht, öffentlich be-
- 4 - raten, öffentlich beurteilt und öffentlich verkündet bekommt gemäss Self-
executing-Völkerrecht & EMRK nach Art. 190 BV etc.

E. 7

Es sei lic.iur. C._____ strafrechtlich infolge Oficialmaxime zum Schutze des Rechtsstaates zu verfolgen und angemessen zu bestrafen und unverzüglich in unstrittigen Ausstand zu setzen.

E. 8

Lic.iur. C._____ wird ausserdem infolge wiederholter & fortgesetzter Befangen- heit, Parteilichkeit und Feindschaft gegenüber dem Rechtsstaat, EMRK und Op- fer aus denselben Gründen einmal Mehr abgelehnt.

E. 9

Es sei gem. SchKG Art. 30a die völkerrechtlichen Verträge EMRK & die Be- stimmungen des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1987 über das Internatio- nale Privatrecht (IPRG) anzuwenden.

E. 10

Es sei gem. SchKG Art. 22 1. vorzugehen, indem die angefochtenen Verfügun- gen vom 04.04.2013 und die angefochtene Verfügung vom 27.05.2013 gegen Vorschriften, die im öffentlichen Interesse oder im Interesse von am Verfahren nicht beteiligten Personen erlassen worden sind, diese nichtig sind. Ausserdem und unabhängig davon, ob vorliegende Beschwerde vom 11.07.2013 geführt worden ist, stellen die Aufsichtsbehörden von Amtes wegen die Nichtigkeit der Verfügungen vom 04.04.2013 und der Verfügung vom 27.05.2013 fest. Darüber hinaus steht 2. dem BGZ das Recht zu, seine nichtigen Verfügungen vom 04.04.2013 und der Verfügung vom 27.05.2013 durch Erlass neuen Verfügun- gen zu ersetzen. Ist bei der Aufsichtsbehörde ein Verfahren im Sinne von Ab- satz 1 wie vorliegend hängig, so steht dem BGZ diese Befugnis bis zur Ver- nehmlassung zu.

E. 11

Es sei von Amtes wegen alle Akten vollständig und sämtliche Eingaben des IBfs lückenlos beizuziehen."

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.